

# Globale Landnutzung und Biodiversität

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

**forsa** Gesellschaft für  
Sozialforschung und  
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2  
10587 Berlin

**Telefon** 030 62882-0

**E-Mail** [info@forsa.de](mailto:info@forsa.de)

## **Vorbemerkung**

Im Auftrag von ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Befragung zum Thema „Globale Landnutzung und Biodiversität“ durchgeführt.

Grundgesamtheit der Untersuchung ist die deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren. Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.004 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen der Grundgesamtheit befragt.

Die Erhebung wurde vom 5. bis 7. Dezember 2022 im Rahmen der telefonischen Mehrthemenbefragung von forsa durchgeführt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt. Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

## **1 Aufhalten des Artensterbens**

Weltweit ist derzeit ein großer Verlust von Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten zu beobachten. Das Artensterben von Tieren und Pflanzen hat auch zahlreiche negative Folgen für die Menschen.

Die Befragten wurden offen und ohne Vorgaben gefragt, was ihrer Ansicht nach passieren muss, damit das weltweite Artensterben aufgehalten und die natürliche Vielfalt geschützt wird.

Etwa ein Drittel der Befragten (34 %) sagt, dass mehr Umwelt- und Naturschutz nötig ist. Neben zahlreichen allgemeinen Nennungen für mehr Natur- oder Artenschutz werden dabei auch konkrete Maßnahmen wie der Stopp der Abholzung von Wäldern (9 %) und die Schaffung bzw. Ausweitung von Schutzgebieten (5 %) genannt.

Fast ein Viertel der Befragten (23 %) sagt, dass sich das Bewusstsein und die Einstellungen der Menschen ändern müssen. Dabei wird unter anderem genannt, dass der Natur mehr Respekt entgegengebracht werden muss, dass jeder Einzelne mit seinem Handeln Verantwortung übernehmen muss (7 %), dass die Menschen mehr Verzicht üben und weniger von Gier und Egoismus geleitet sein müssten (7 %) und dass mehr Aufklärung der Bevölkerung nötig ist (4 %).

18 Prozent der Befragten sagen spontan, dass ein konsequenteres Handeln der Politik (9 %) bzw. mehr internationale Zusammenarbeit (9 %) für den Artenschutz nötig ist.

13 Prozent nennen Änderungen in der Wirtschaftsweise, darunter die Begrenzung von Wachstum und Konsum (5 %), einen schonenderen Umgang mit Ressourcen und Rohstoffen (4 %), stärkere Auflagen für die Wirtschaft (3 %) oder eine regionale Produktion (2 %).

Klimaschutzmaßnahmen, die Begrenzung der Erderwärmung und die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes werden von 12 Prozent der Befragten genannt. Ebenfalls 12 Prozent nennen Änderungen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung, darunter unter anderem den Verzicht auf Fleischkonsum (5 %) und einen geringeren Einsatz von Pestiziden (4 %).

Die Reduzierung von Umweltverschmutzung, die Vermeidung von Abfall sowie Verbesserungen bei der Abfallentsorgung werden von 7 Prozent der Befragten genannt.

5 Prozent nennen die Begrenzung des Bevölkerungswachstum bzw. des Flächenverbrauchs. Ebenso viele nennen jeweils die Energiewende (z.B. Ausbau der erneuerbaren Energien, Ausstieg aus fossilen Energien) sowie die Verkehrswende (z.B. Reduzierung des Auto- und Flugverkehrs).

Dass sich das Artensterben nicht mehr aufhalten lässt, äußern 2 Prozent der Befragten.

13 Prozent geben an, nicht zu wissen, was passieren muss, damit das weltweite Artensterben gestoppt wird.

Die Tabelle auf der folgenden Seite verdeutlicht die große Vielfalt der Nennungen, wobei nur Nennungen ab einem Anteil von 2 Prozent aufgeführt sind.

Es fällt auf, dass die Antworten sich hinsichtlich der Bezugsebene sowie hinsichtlich ihrer Allgemeinheit bzw. Konkretheit stark unterscheiden.

Bei der Interpretation der Werte ist es wichtig zu bedenken, dass es sich um spontane Nennungen auf eine offene Frage handelt, also um die Antwort(en), die den Befragten direkt einfallen. Die Nicht-Nennung eines Aspektes heißt nicht automatisch, dass diese Befragten den jeweiligen Aspekt für unwichtig oder unnötig halten.

## Was muss passieren, um das weltweite Artensterben aufzuhalten?

Damit das weltweite Artensterben aufgehalten und die natürliche Vielfalt geschützt wird, muss passieren...

	insgesamt
	%
<b>mehr Umwelt- und Naturschutz</b>	<b>34</b>
mehr Umwelt- und Naturschutz (allg.)	13
mehr Tierschutz, mehr Artenschutz (allg.)	10
Abholzung von (Regen-)Wäldern stoppen	9
Schutzgebiete schaffen/ausweiten	5
Wilderei stoppen	2
Renaturalisierung, Aufforstung	2
<b>Bewusstseinswandel/Einstellungsänderung der Menschen</b>	<b>23</b>
Bewusstseinswandel, mehr Respekt für Natur/Tiere	10
Handeln jedes Einzelnen	7
mehr Verzicht, weniger Gier und Egoismus	7
mehr Bildung, Aufklärung der Bevölkerung	4
<b>Handeln der Politik</b>	<b>18</b>
konsequenteres Handeln der Politik	9
internationale Zusammenarbeit stärken	9
<b>Änderungen in der Wirtschaft</b>	<b>13</b>
Wirtschaftssystem ändern, Wachstum/Konsum begrenzen	5
Ressourcen/Rohstoffe schonen	4
stärkere Auflagen für die Wirtschaft	3
regionale Produktion	2
<b>mehr Klimaschutz, Erderwärmung stoppen, CO2-Ausstoß verringern</b>	<b>12</b>
<b>Änderungen im Bereich Landwirtschaft/Ernährung</b>	<b>12</b>
weniger Fleisch essen	5
Änderungen Landwirtschaft/Ernährung (allg.)	4
Einsatz von Pestiziden verringern	4
Monokulturen vermeiden	2
<b>Umweltverschmutzung beenden, Abfallvermeidung, -entsorgung</b>	<b>7</b>
<b>Bevölkerungswachstum und Flächenverbrauch begrenzen</b>	<b>5</b>
<b>Energiewende</b> (z.B. erneuerbare Energien, Ausstieg aus fossilen Energien)	<b>5</b>
<b>Verkehrswende</b> (z.B. weniger Autos, weniger Fliegen)	<b>5</b>
<b>Artensterben lässt sich nicht mehr aufhalten</b>	<b>2</b>

offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich, dargestellt sind Nennungen ab 2 Prozent

## **2 Ausweitung der Schutzgebiete auf 30 Prozent der Landfläche**

Ab dem 7. Dezember 2022 findet in Montreal die sogenannte Weltnaturkonferenz der Vereinten Nationen statt. Auf der Konferenz wird darüber diskutiert, 30 Prozent der weltweiten Landfläche unter Schutz zu stellen. Das entspricht in etwa einer Verdoppelung der aktuell unter Schutz stehenden Flächen.

Eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten fände eine solche Ausweitung der Schutzgebiete sinnvoll und angemessen.

21 Prozent ginge diese Maßnahmen nicht weit genug.

14 Prozent sind der Meinung, dass eine solche Ausweitung zu weit ginge.

7 Prozent können oder wollen keine Bewertung abgeben.

In allen betrachteten Bevölkerungsgruppen ist eine klare Mehrheit der Meinung, dass eine Ausweitung der Schutzgebiete auf 30 Prozent der weltweiten Landfläche sinnvoll und angemessen wäre oder nicht weit genug ginge. Besonders hoch ist der Anteil bei den unter 45-Jährigen sowie bei den Anhängern von SPD, Grüne und Linke.

Dass ihnen eine solche Ausweitung der Schutzgebiete zu weit ginge, sagen am ehesten die Anhänger der AfD. Aber auch unter den AfD-Anhängern stellen sie eine Minderheit dar.

**Ausweitung der weltweiten Schutzgebiete auf 30 Prozent der Landfläche?**

30 Prozent der weltweiten Landfläche unter Schutz zu stellen...

		wäre sinnvoll und angemessen	ginge nicht weit genug	ginge zu weit
		%	%	%
insgesamt		58	21	14
Region	West	58	20	14
	Ost	59	22	13
Geschlecht	Männer	55	20	18
	Frauen	61	22	10
Alter	16- bis 29-Jährige	66	21	8
	30- bis 44-Jährige	56	26	9
	45- bis 59-Jährige	51	21	19
	60 Jahre und älter	60	17	16
Schulabschluss	Hauptschule	55	22	15
	mittlerer Abschluss	59	19	15
	Hochschule/ Abitur	60	21	12
Ortsgröße (Einwohner)	unter 5.000	58	19	18
	5.000 bis unter 20.000	53	21	20
	20.000 bis unter 100.000	61	19	11
	100.000 bis unter 500.000	60	24	9
	500.000 und mehr	59	22	10
Anhänger von:	SPD	65	20	6
	CDU/CSU	58	15	18
	Grüne	57	32	5
	FDP*	60	21	15
	Linke*	61	32	5
	AfD	47	13	35

\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahlen  
an 100 Prozent fehlende Angaben: „weiß nicht / keine Angabe“

### **3 Berücksichtigung und Einbeziehung indigener Völker**

Eine Ausweitung der Schutzgebiete würde in besonderer Weise die Menschen betreffen, die in den jeweiligen Gebieten leben. Oftmals sind das indigene Völker, denn die Gebiete, in denen indigene Völker leben, zählen nicht zuletzt aufgrund der nachhaltigen Lebensweise dieser Völker zu den artenreichsten Gebieten der Erde.

Einige Organisationen fordern, dass bei der Ausweitung von Schutzgebieten die Auswirkungen auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften konsequent berücksichtigt werden und diese stärker als bisher üblich in die Entscheidungen einbezogen werden.

Zwei Drittel der Befragten (66 %) stimmen dieser Forderung voll und ganz zu. 23 Prozent stimmen ihr eher zu.

Nur wenige Befragte (8 %) stimmen der Forderung, bei der Ausweitung von Schutzgebieten die Auswirkungen auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften konsequent zu berücksichtigen und diese stärker als bisher üblich in die Entscheidungen einzubeziehen eher nicht (6 %) oder überhaupt nicht (2 %) zu.

Ostdeutsche, über 60-Jährige sowie Anhänger von SPD, Grüne, FDP und Linke stimmen der Forderung besonders oft voll und ganz zu. Bei den AfD-Anhängern ist der Anteil vergleichsweise am geringsten, aber auch hier stimmt eine Mehrheit der Forderung voll und ganz zu.

Generell sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen bei dieser Frage eher gering und das Meinungsbild recht einhellig.

## Berücksichtigung und Einbezug indigener Völker und lokaler Gemeinschaften

Es stimmen der Forderung, bei der Ausweitung von Schutzgebieten die Auswirkungen auf indigene Völker und lokale Gemeinschaften konsequent zu berücksichtigen und diese stärker als bisher üblich in die Entscheidungen einzubeziehen zu

		voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
insgesamt		66	23	6	2
Region	West	64	25	7	2
	Ost	74	16	4	4
Geschlecht	Männer	64	24	7	2
	Frauen	67	22	6	2
Alter	16- bis 29-Jährige	59	28	12	0
	30- bis 44-Jährige	62	29	5	2
	45- bis 59-Jährige	65	22	7	4
	60 Jahre und älter	73	18	4	2
Schulabschluss	Hauptschule	68	20	6	3
	mittlerer Abschluss	68	20	4	4
	Hochschule/ Abitur	66	26	6	1
Anhänger von:	SPD	71	19	7	2
	CDU/CSU	60	26	7	4
	Grüne	73	25	1	0
	FDP*	75	19	5	0
	Linke*	82	15	0	3
	AfD	53	28	12	6

\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahlen  
an 100 Prozent fehlende Angaben: „weiß nicht / keine Angabe“